

Dringlichkeitsanfrage

der Abgeordneten Große-Röthig (Die Linke)

und

Antwort

des Thüringer Finanzministeriums

Landesregierung will 33 Millionen Euro beim kommunalen Finanzbedarf für Schulen streichen

Das Finanzministerium hat nach meiner Kenntnis im Entwurf des Prüfberichts zur Revision des kommunalen Finanzausgleichs die finanziellen Bedarfe der Kommunen in unterschiedlichen Bereichen dargestellt. Bei der Ermittlung der finanziellen Mindestausstattung wurden zum Beispiel die Zuschussbedarfe für Schulen in den Verwaltungshaushalten der Landkreise inklusive Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sowie kreisfreien Städten im Jahr 2023 untersucht. Diese wurden auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler heruntergebrochen. In der weiteren Betrachtung wurde das Viertel der Landkreise inklusive Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sowie kreisfreien Städten näher betrachtet, die die geringsten Zuschussbedarfe je Schülerin beziehungsweise Schüler rechnerisch auswiesen und zum Maßstab für alle Kommunen genommen. In der Folge führt dies zu einem rechnerischen Zuschussbedarf, der in Summe rund 33 Millionen Euro unter dem tatsächlichen Zuschussbedarf liegt.

Es ist meines Erachtens davon auszugehen, dass bereits im Jahr 2023 die Ist-Ausgaben im Bereich Schule nicht den tatsächlichen Bedarf abgebildet haben.

Das **Thüringer Finanzministerium** hat die **Dringlichkeitsanfrage** vom 12. September 2025 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 1. Oktober 2025 beantwortet:

Vorwort:

Im Rahmen der Revision nach § 3 Abs. 5 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürFAG) wird über die kommunalen Zuschussbedarfe sowohl die angemessene Finanzausstattung als auch die finanzielle Mindestausstattung ermittelt. Die finanzielle Mindestausstattung ist der Wert, den das Land unabhängig von seiner eigenen Leistungsfähigkeit den Kommunen im Mindestmaß für die Erledigung des Aufgabenbestandes zur Verfügung zu stellen hat. Für das zu ermittelnde absolute Mindestmaß an rechtmäßiger, effizienter und sparsamer Ausführung der Aufgaben wird ein Zuschussbedarf der Kommunen angesetzt, mit dem 25 Prozent der Vergleichsgruppe auskommen. Für die Ermittlung der angemessenen Finanzausstattung, bei der auf ein solches Benchmarking verzichtet und stattdessen die vollen Ist-Zuschussbedarfe als Datengrundlage herangezogen werden, hat die Berechnung der finanziellen Mindestausstattung keine Relevanz. Aufgrund der Leistungsfähigkeit des Landes wurde im Jahr 2025 – wie auch bei allen früheren Revisionen – das Ergebnis der angemessenen Finanzausstattung als Basis für die Bestimmung der Finanzausgleichsmasse I herangezogen.

Der Entwurf der Landesregierung für den Landeshaushalt sieht eine Finanzausstattung der Kommunen vor, die noch über die ermittelte angemessene Finanzausstattung hinausgeht. Die Revision kam zu dem Ergeb-

nis, dass der Thüringer Partnerschaftsgrundsatz nach § 3 Abs. 3a Satz 2 ThürFAG abgesenkt hätte werden können. Hiervon hat die Landesregierung abgesehen, sodass ein Puffer von circa 200 Mio. Euro in der im Entwurf des Landeshaushalts der Landesregierung vorgesehenen Finanzausgleichsmasse I inkludiert ist. Die Details können dem Prüfbericht des Thüringer Finanzministeriums zur Revision nach § 3 Abs. 5 ThürFAG entnommen werden, der als Anlage 1 dem Artikel 1 des Entwurfs eines Thüringer Gesetzes zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs beigefügt ist (siehe Drucksache 8/2003).

1. In welcher tatsächlichen Höhe beabsichtigt die Landesregierung den kommunalen Finanzbedarf im Bereich Schulen im Entwurf des Landeshaushaltsplans für die Jahre 2026/2027 abzubilden (bitte begründen und getrennte Darstellung nach Kalenderjahren)?

Antwort:

Der kommunale Finanzbedarf wird im Landeshaushalt durch die Ausreichung der verschiedenen Komponenten der Finanzausgleichsmasse, hier insbesondere der Schlüsselzuweisungen sowie der Sonderlastenausgleiche nach §§ 17 und 18 ThürFAG und weiterer Landeszuweisungen abgebildet.

Der kommunale Finanzbedarf im Bereich Schulen wurde im Rahmen der im Vorwort erläuterten Revision für das Jahr 2026 auf 397 Mio. Euro prognostiziert (siehe Seite 43 des Prüfberichts). Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Gemeinden die Bedarfe auch über kommunale Steuereinnahmen beziehungsweise die Landkreise indirekt über Kreisumlagezahlungen decken. Die Bedarfsermittlung erfolgt im Rahmen der Revision stets nur für das kommende Haushaltsjahr, diesmal für das Jahr 2026; im Jahr 2027 wirkt der Thüringer Partnerschaftsgrundsatz nach § 3 Abs. 3a Satz 2 ThürFAG.

2. Welche Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der Beteiligung zur Aufstellung des Landeshaushaltsplans für die Jahre 2026/2027 für den Aufgabenbereich Schulen wurden durch die Landesregierung in welcher Art und Weise berücksichtigt sowie nicht berücksichtigt (bitte einzelne Stellungnahmen aufführen und die jeweilige Berücksichtigung begründen)?

Antwort:

Die kommunalen Spitzenverbände haben zu dem Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs in seiner Fassung, wie er im 1. Kabinettdurchgang beschlossen wurde, Stellung genommen. Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V. hat der Weiterleitung seiner Stellungnahme an den Landtag widersprochen. Der Thüringische Landkreistag e. V. hat der Weiterleitung seiner Stellungnahme zugestimmt, sodass diese zusammen mit dem Gesetzentwurf an den Landtag übermittelt wurde.

Der Thüringische Landkreistag e. V. verwies in seiner Stellungnahme auf ein Erfordernis einer Anschlussfinanzierung für den DigitalPakt Schule.

Da wie in der Anlage 1 zum Prüfbericht zur Revision (vergleiche Anlage 1 zu Artikel 1 des Entwurfs eines Thüringer Gesetzes zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs, Drucksache 8/2003) aufgeführt, der Bedarf der Schulträger wegen der bisher ausstehenden Entscheidung über eine Fortsetzung des DigitalPakts Schule vollumfänglich in die Ermittlung des Thüringer Partnerschaftsgrundsatzes eingeflossen ist, wurde der Gesetzentwurf hierzu nicht geändert. Im Übrigen wurde zum Aufgabenbereich Schule im Wesentlichen im Zusammenhang mit einem bestehenden Investitionsbedarf vorgetragen, dem die Landesregierung mit dem in Artikel 3 der Drucksache 8/2003 enthaltenen Thüringer Kommunalen Investitionsprogrammgesetz für die Jahre 2026 bis 2029 begegnen möchte.

3. Wie hat sich die Differenz hinsichtlich der tatsächlichen Zuschussbedarfe und der tatsächlichen Zuweisungen des Landes im kommunalen Finanzausgleich im Bereich Schulen in den Jahren 2013 bis 2023 entwickelt (bitte aufliegen nach Landkreisen, kreisfreien Städten, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sowie unter Angabe der tatsächlichen Zuschussbedarfe und der tatsächlichen Zuweisungen; bitte auch getrennte Darstellung nach Kalenderjahren und jährlicher Entwicklung)?

Antwort:

Da innerhalb des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes neben den Zuweisungen nach §§ 17 und 18 ThürFAG für den Bereich Schulen als Teil der Aufgaben im eigenen Wirkungskreis die Finanzausgleichsmasse I vom Land ergänzend zur Finanzierung bereitgestellt wird, innerhalb derer keine Zuordnung zu spezifischen Aufgabenbereichen erfolgt (vergleiche Antwort zu Frage 1) und darüber hinaus auch außer-

halb des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes weitere Mittel zur Finanzierung seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden (vergleiche die sogenannten Anlage 3 - Mittel, die als Anlage 3 dem Artikel 1 des Entwurfs eines Thüringer Gesetzes zur Änderung des kommunalen Finanzausgleichs beigefügt ist - Drucksache 8/2003), kann die erfragte Darstellung nicht vorgenommen werden.

Wolf
Ministerin